

Er erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3 gespaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwareindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 47 .: 32. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-
straße 106 .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 22. November 1918

An unsere Mitglieder!

Der 9. November, der Tag, an dem genau vor sechzig Jahren Robert Blum von den Schergen der habsburgischen Dynastie auf der Wiener Brigittenau für die Freiheit erschossen wurde, brachte Deutschland die junge Republik. Aus dem Chaos der ersten Tage treten nun mit gebietender Strenge die Wirklichkeitsfragen wieder in den Vordergrund. Ueber der Stunde, in der Deutschlands Befreiung schlug, hing drohend das Menetekel

der unerhörten Waffenstillstandsbedingungen.

Die Regierung unterzeichnete jedoch die gestellten Forderungen mit fester Hand in der bestimmten Erwartung, daß die Kräfte des Proletariats aller Länder hier nicht versagen werden. Es mögen aber noch so viele Erleichterungen eintreten, die Not des Volkes wird durch die zeitlich engbegrenzte

Zurückflutung des Heeres

unermesslich sein, wenn nicht jeder Arbeiter und Bürger sich in den Dienst der Demobilmachung stellt. Namentlich werden die Gewerkschaftskartelle, die der Rheinlinie am nächsten liegen, eine überaus schwierige Arbeit in den nächsten Wochen zu leisten haben. Aber nicht allein dort, sondern auch tiefer im Lande, namentlich in den großen Umsteigeplätzen wird es einer geschickten Organisation bedürfen, um die gestellten Anforderungen zu bewältigen.

Die Mitarbeit unserer Kollegen

ist deshalb nicht zu entbehren. Meldet Euch in Massen bei den Kartellen oder den Instanzen, die zur Unterstützung der Demobilmachung eingerichtet werden.

Durch den spontanen Abbruch des Krieges sind die bisher vorgesehenen

Vorbereitungen für Demobilmachung

über den Haufen gerannt worden. Neue Entschlüsse und Vereinbarungen mußten getroffen werden.

Eine besondere Staatsbehörde wurde geschaffen, in der Arbeitgeber und Arbeitnehmer paritätisch unter einem Staatssekretär die Bedingungen für den Arbeitsprozeß der nächsten Monate festlegen sollen. In dem Bericht in unserer Zeitung über die letzte Vorstandskonferenz ist alles Nähere enthalten.

Die Beschaffung von Arbeit

für die zurückkehrenden Krieger und für die durch die Einstellung der Rüstungsindustrie brotlos gewordenen Arbeiter und Arbeiterinnen wird das allernächste sein. Heeresaufträge werden nur noch insoweit ausgeführt werden, als dadurch die Arbeitslosigkeit eingeschränkt werden kann, aber unter Schonung der wichtigsten Rohmaterialien.

Für die Regulierung aller dieser Fragen werden **Fachauschüsse für die einzelnen Branchen** eingesetzt werden. Für die Lederverwareindustrie und das Rüstungsgewerbe haben schon die Verhandlungen begonnen und werden den Umständen angemessen beschleunigt werden.

Die zurzeit in Kraft befindlichen Tarifverträge

bleiben bestehen und werden sinngemäß den augenblicklichen Verhältnissen angepaßt werden.

Es wird also alles getan werden, um die wirtschaftlichen Interessen unserer Mitglieder zu wahren. Soweit es uns nicht gelingt, für Arbeitsgelegenheit zu sorgen, ist die

Unterstützung der heimkehrenden Krieger

und der Arbeitslosen sichergestellt und erfolgt nach den Bestimmungen unseres Statuts. Näheres darüber wird an anderer Stelle veröffentlicht.

Soweit es der körperliche und seelische Zustand unserer

heimkehrenden Funktionäre

zuläßt, darf erwartet werden, daß sie ihre Kräfte der Organisation wieder in der gewohnten Weise zur Verfügung stellen.

Die Koalitionsfreiheit der Arbeiter

ist jetzt gesichert. Auch die Staatsarbeiter, die Sattler in den Artilleriewerkstätten, können unserer Organisation beitreten. Die Ortsverwaltungen haben die Verpflichtung, in Verbindung mit den Vertrauensleuten in den Betrieben

den Ausbau unserer Organisation

durch Zuführung neuer Mitglieder zu fördern.

Noch einmal gilt es

die Anspannung der letzten Kräfte,

um nicht allein die Nachwehen dieses größten aller Kriege herabzumildern, sondern auch eine Konsolidierung aller nationalen wirtschaftlichen Machtfaktoren vorzubereiten.

Als Geburtshelfer einer neuen Zeit haben wir alle die Verpflichtung, nach Ermessen unseres Könnens an dem jungen Deutschland mitzuarbeiten und die Befreiung der Arbeiterklasse, das große Ziel unseres Jahrhunderts, auf ewig und unerschütterlich zu verankern.

Unsere Grüß allen denen, die an der Front und in der Heimat in diesen langen Kriegsjahren ihre Pflicht erfüllt haben.

Auf, dem Frieden entgegen!

Der **Verbandsvorstand.**

J. A.: P. Blum.

Bekanntmachung.

Vorstand und Ausschuß haben in ihrer letzten Sitzung Stellung zu der Demobilmachung genommen und in Verbindung mit den auf früheren Gaukonferenzen festgelegten Grundlinien folgendes beschlossen:

Ab- und Anmeldungen und Beitragszahlung.

Zunächst wird daran erinnert, daß nach den Bestimmungen des Statuts § 8 die aus dem Heere entlassenen Mitglieder ihre Rechte an den Verband nur geltend machen können, wenn sie sich bei den örtlichen Verwaltungen abgemeldet haben und innerhalb sechs Wochen nach ihrer Entlassung sich wieder anmelden.

Raut Veröffentlichung vom 19. Januar 1917 können denjenigen Mitgliedern, welche in der Zeit vom 1. August bis einschließlich 31. Oktober 1914 zum Heeresdienst eingezogen wurden und sich ordnungsgemäß wieder anmelden, etwaige Restbeiträge bis zu 8 Wochen in Anrechnung gebracht werden. Wer mit seinen Beiträgen länger als acht Wochen im Rückstande ist, muß die übrigen Beiträge nachzahlen. Die Mitglieder, welche nach dem 31. Oktober 1914 eingezogen wurden, müssen alle Restbeiträge nachzahlen.

Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung.

Die aus dem Heeresdienst zur Entlassung kommenden Mitglieder treten bei Befolgung der Anmeldepflichten in ihre alten Rechte ein, die sie vor ihrer Einberufung erworben hatten. Während der militärischen Dienstzeit ruhen alle Pflichten und Rechte der Mitglieder.

Die zur Entlassung kommenden Mitglieder erhalten, sofern sie bezugsberechtigt sind, nach Ablegung einer dreitägigen Karenzzeit die Arbeitslosen- bzw. Reiseunterstützung nach den Sätzen des Statuts.

Ausgesteuerte Heeresangehörige.

Mitglieder, welche infolge der Demobilmachung zur Entlassung kommen und vom Tage der Entlassung ab die letzten 26 Wochen im Heeresdienst gestanden haben, insgesamt aber mindestens 52 Wochen während der Kriegsdauer Soldat waren, sind auf die Höchstsumme unseres Statuts berechtigt, auf die sie vor ihrer Ein-

ziehung bezugsberechtigt waren. Die vordem erhaltene Unterstützung kommt demzufolge nicht zur Anrechnung.

Auszahlung der Krankenunterstützung.

Die aus dem Heere zurückkehrenden Mitglieder haben nur dann Anspruch auf Krankenunterstützung, wenn sie als gesund vom Militär entlassen wurden und als Zivilperson erkrankten. In diesen Fällen wird auch dann Krankenunterstützung gezahlt, wenn augenscheinlich die Krankheit auf die Teilnahme am Feldzug zurückzuführen ist. Militärkranke sollen vor Abschluß ihres Heilverfahrens nicht zur Entlassung kommen und können daher vom Verbandsverband nicht unterstützt werden. Die Karenzzeit beträgt 21 Tage.

Gefallenen-Unterstützung.

Diese Unterstützung wird auch nach der Demobilmachung nach den bisherigen Vorschriften weiter gezahlt in den Fällen, wo ein beim Militär erkranktes Mitglied stirbt und vor seiner Einziehung Rechte auf die Beerdigungsbeihilfe erworben hatte. Der Antrag auf Auszahlung dieser Unterstützung ist beim Vorstand zu stellen.

Die Unterstützung aller übrigen Mitglieder.

Die infolge der Einstellung der Rüstungsbetriebe und sonstiger Stilllegung der Betriebe zur Entlassung kommenden Mitglieder erhalten ihre Unterstützung nach den Bestimmungen des Statuts. Eine Unterstützung der Ausgesteuerten findet in diesem Falle nicht statt. Die Karenzzeit bei der Arbeitslosenunterstützung beträgt drei Tage und im Falle der Krankheit 21 Tage.

Ferner ist darauf zu verweisen, daß Mitglieder, welche fünf Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, keinen Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung haben. Eine Nachzahlung der Beiträge ist in diesen Fällen nicht gestattet.

Mitglieder, welche verkürzt arbeiten, haben keinen Anspruch auf Unterstützung und sind zur Beitragszahlung verpflichtet.

Der Ausschuß. J. M.: G. Wolf.
Der Verbandsvorstand. J. M.: P. Blum.

Inhalt. Beitragsleistung. — An unsere Mitglieder. — Bekanntmachung. — Nützet die Zeit. — Die Leberwarenindustrie und die Friedensausichten. — Gegen die Annulierung. — Vereinbarung betr. 8 stündigen Arbeitstag usw. — Nachmals die Geldhamsterei. — Aus unserem Verlaß. — Korrespondenzen. — Wälderbau. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Für die Woche vom 24. bis 30. November 1918 ist der 48. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbandsverband gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

Nützet die Zeit.

Dem größten Krieg der Weltgeschichte ist die größte politische Umwälzung in Deutschland gefolgt. Was vor wenigen Tagen noch als fest verankert galt, ist heute losgerissen. Der Revolutionssturm hat Dynastien mit all ihrem alten und veralteten Blunder wie Spreu weggeblasen, an ihrer Statt ist nach heftigen und blutigen Geburtswehen eine freie deutsche Republik entstanden. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit sollen fortan nicht mehr Träume, sondern Wirklichkeit sein. Wer wollte sich eines solchen gewaltigen Umschwunges nicht freuen, wer wollte das Trauen einer neuen Welt teilnahmslos an sich vorüberziehen lassen? Wer will aber auch die ganze Schwere des nunmehr vom Proletariat angetretenen Erbes verkennen?

Der mehr als vierjährige Krieg, die gänzliche Abgeschlossenheit Deutschlands vom Auslande, hat die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit ausgehöhlt und unterbunden. Der Mangel an notwendigsten Lebensmitteln und Bedarfsartikeln geht ins Ungemessene. Von der neuen Regierung wird Arbeit, Brot und Kleidung für die Bevölkerung verlangt. Wo her nehmen, wenn die an sich schon beschränkte Transportmöglichkeit durch die im Waffenstillstandsvertrage getroffenen Bedingungen noch verringert

wird. Ob und in welchem Umfange Amerika und die wenigen neutral verbliebenen Länder die in Aussicht gestellte Hilfe einlösen, ist ungewiß. In der Hauptsache müssen wir uns mit den eigenen Landeserzeugnissen begnügen und vielleicht noch mehr Beschränkungen aufzulegen als wie in den letzten Jahren. Erleichtern kann nur ungesäumte und reichliche Ablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse wirken; ebenso Unterbindung jeglichen Schleichhandels und jeglicher Hamsterei durch schwere Strafen.

Die Arbeitsbeschaffung für alle Volksgenossen ist nicht minder schwierig. Millionen fluten vom Heere in die Heimat; Millionen werden infolge Stilllegung der Rüstungs-, Waffen- und Munitionsindustrie beschäftigungslos. Der Privatindustrie mangelt es an Rohmaterialien. Dazu steht der Winter vor der Tür. Wahrlich ein Erbe, wie es trauriger nicht gedacht werden kann. Und doch liegt kein Grund vor, verzweifelt in die Zukunft zu schauen. Ein Volk, das so Hartes und Schweres hat tragen und leiden müssen, wird auch die jetzt vor ihm liegende Schwierigkeit bewältigen. Winkt ihm doch schon, nein, scheint ihm doch schon die Morgen Sonne einer neuen Zeit. Das Proletariat ist eine Macht geworden, wie seine frühesten Träume es nicht vermuten ließen. Jetzt ist, wie die „Holzarbeiter-Zeitung“ sehr treffend schreibt, die organisierte Arbeiterschaft als handelnder Körper auf die Weltbühne getreten, und sie hat begonnen, die Geschicke der Welt mit starker Hand zu formen. Die aktive Teilnahme an der Politik ist jetzt mehr als je Pflicht jedes denkenden Arbeiters, aber um so nachdrücklicher muß jetzt darauf hingewiesen werden, daß ein enger Zusammenhang zwischen den politischen und den wirtschaftlichen Fragen besteht. Die deutschen Arbeiter, soweit sie politisch denken können, sind, vielleicht mit verschwindenden Ausnahmen, republikanisch gesinnt. Das ist eine ganz natürliche Erscheinung. Dem gesunden Menschenverstand will es nicht einleuchten, weshalb ein einzelner durch den Zufall der Geburt berufen sein soll, über ein ganzes Volk zu herrschen. Die gewaltige

republikanische Welle, die jetzt über die Rinde dahinbraust, hat ihre begriffliche und berechtigte Ursache; ebenso wie es selbstverständlich ist, daß jetzt, wo das Volk handelnd auftritt, auf allen Gebieten eine Umformung der Einrichtungen und Zustände in demokratischem Sinne vollzogen wird.

Aber die Demokratisierung darf nicht Selbstzweck sein. Es hat seither in der Welt genug Republiken gegeben, deren Einrichtungen uns lehren, daß für die Wohlfahrt des Volkes die Staatsform nicht von ausschlaggebender Bedeutung ist. Die Uebertragung der Regierungsgewalt an Männer aus dem Volke gibt an sich noch nicht die Gewähr für die wirtschaftliche Hebung der breiten Massen. Die geistige und materielle Hebung der Massen muß der Zweck der demokratischen Politik sein. Haben die in die Regierung berufenen Volksmänner nicht die Macht, ihren Willen durchzusetzen, dann können sie unter Umständen mehr Schaden als Nutzen stiften. Ihr Einfluß stützt sich ausschließlich auf die Organisation der Massen. Es genügt nicht, sich an gelegentlichen Demonstrationen zu beteiligen. Entschleunigen, selbst wenn sie von den größten Volksversammlungen begeistert angenommen werden, haben nicht viel Wert, wenn die Masse nachher wieder auseinanderläuft und nicht durch das einigende Band der Organisation dauernd zusammengehalten wird.

Die Arbeiterschaft braucht kraftvolle Organisationen, wenn sie die eingeleitete Demokratisierung zielklar durchführen und sich die Erwerbslosen der Sturmtage dauernd sichern will. Die Geschichte ist reich an Beispielen, wo auf die Begeisterung des Volkstieges nur zu schnell der graue Regenjammer folgte. Es war nur eine zufällig zusammengewürfelte Masse, die den Sieg errang, die aber aus Mangel einer Organisation sehr bald wieder den reaktionären Kräften erlag. Lassen wir uns nicht täuschen von dem Bewußtsein zur Demokratie, das jetzt auch von solchen Stellen abgelegt wird, bei denen man es noch vor wenigen Wochen ganz unmöglich erwartet hat. Die herrschenden Gewalten flehen gähe an ihrer Macht. In der Zeit der Not werden sie wohl schmiegsam und ducken sich, aber sie spähen nach jeder Gelegenheit aus, das alte Unterdrückungsverhältnis, wemöglich in verhärteter Form wiederherzustellen. Ist die Begeisterung der Massen verfliegen, ohne daß sie ausgenutzt wurde, die Organisation der Arbeiterschaft nach innen und außen zu stärken, dann kann auf den Freiheitskampf sehr schnell ein fürchtbares Erwachen folgen.

Organisation der Arbeiter muß jetzt die Lösung sein, und ganz besonders müssen auch die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, die Gewerkschaften, ausgebaut und geträgt werden. Eine volkstümliche Regierung, wie wir sie anstreben, kann uns den Kampf um günstige Arbeitsbedingungen erleichtern; durch eine entsprechende Gesetzgebung können die hemmenden Fesseln, die der Entwicklung der Gewerkschaften bisher entgegenstanden, beseitigt werden. Wir können die Bedeutung einer verständigen sozialen Gesetzgebung nicht hoch genug veranschlagen, aber die Hauptarbeit für die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiterschaft kann nur von dieser selbst geleistet werden. Nur mit Hilfe der Gewerkschaften können wir unsere Arbeitsbedingungen verbessern, die Arbeitszeit verkürzen, die Löhne steigern. Für absehbare Zeit wird der Zustand dauern, daß die Gesetzgebung hinsichtlich des Arbeiterschutzes im wesentlichen nur das bestätigen und legalisieren wird, was die Arbeiterschaft sich durch eigene Kraft errungen hat.

Die politische Revolution, die wir jetzt erleben, hat an der sozialen Schichtung der Bevölkerung nichts geändert, und die Voraussetzungen für eine durchgreifende Veränderung auf diesem Gebiet sind auch noch nicht gegeben. Nach wie vor werden sich Unternehmer und Arbeiter als Vertreter gegensätzlicher Interessen gegenüberstehen. Darüber darf uns die Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß sich die Vertreter der Unternehmer- und der Arbeiterorganisationen zeitweilig zur Förderung gemeinsamer Interessen zusammenfinden. Es liegt in der Natur der Sache, daß solchen Interessengemeinschaften der dauernde Bestand verfehlt ist. Früher oder später, mitunter häufiger als man denkt, tut sich der unüberbrückbare Gegensatz zwischen beiden Parteien wieder auf und die Arbeiter, die aus mangelndem Weitblick ihre Organisation vernachlässigt haben, müssen dann ihre Vertrauensseligkeit schwer büßen.

Wir leben jetzt wieder in einer Zeit, die ein engeres Zusammenarbeiten zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen geradezu gebieterisch verlangt. Die wirtschaftlichen Verhältnisse am Ende des Weltkrieges haben eine gewisse Ähnlichkeit mit den Zuständen vor vier Jahren, als wie ein Blitz aus heiterem Himmel der Krieg in das stolze Gebäude unseres Wirtschaftslebens fuhr. Eine Arbeitslosigkeit von ähnlichem, vielleicht noch größerem Umfang steht uns bevor, wenn unsere Millionenheere in viel schnellerem Tempo, als es geplant war, be-

mobilisiert werden müssen. In erster Linie am schwersten werden die Arbeiter unter dem Zustand leiden, der aber auch für das Unternehmertum und das Volksganze die schwersten Gefahren in sich birgt.

Ähnlich wie in der ersten Zeit des Krieges und vermutlich in noch größerem Umfang als damals dürften auch jetzt wieder Arbeitsgemeinschaften zwischen Unternehmern und Arbeitern ins Leben treten, um die Schwierigkeiten der Ubergangswirtschaft leichter zu überwinden. Die Arbeitsgemeinschaften der ersten Kriegszeit haben aber nicht verhindern können, daß der Gegensatz zwischen Unternehmer- und Arbeiterinteressen bald wieder in Erscheinung trat, und nur der Zwang des Kriegszustandes hat den Ausbruch großer Kämpfe im allgemeinen verhindert. Es bedarf keiner Schergabe, um vorauszusetzen, daß die neuen oder wiedererstehenden Arbeitsgemeinschaften durchaus keine dauernde Sicherung des sozialen Friedens bedeuten.

Die verhängnisvollsten Folgen könnte es nach sich ziehen, wenn die Arbeiter aus Zuständen, die ihrer Natur nach nur vorübergehend sein können, schließen würden, daß die gewerkschaftliche Organisation jetzt minder wichtig sei. Nein, wir haben die Gewerkschaften jetzt notwendiger als jemals. Jetzt müssen wir rufen, jetzt müssen wir werben, damit wir, wenn es die Zeit erfordert, auf den Plan treten können. Der Augenblick ist unserer Werbetätigkeit besonders günstig. Eine ungeheure Aufregung hat sich des ganzen Volkes bemächtigt. Die Ereignisse, die mit der Liquidierung des Krieges und mit der Demokratisierung der inneren Zustände im Zusammenhang stehen, nehmen alle Gemüter gefangen. Selbst Leute, die sich früher nie um die Vorgänge im öffentlichen Leben gekümmert haben, sind jetzt politisch im höchsten Maße interessiert. Diese Männer und Frauen werden es verstehen, wenn ihnen gesagt wird, daß sie sich organisieren müssen, wenn sie einen Einfluß ausüben wollen. Bei aller Bedeutung, die den politischen Vorgängen zukommt, berühren die Fragen, die zu dem Tätigkeitsgebiet der Gewerkschaften gehören, jeden Arbeiter und jede Arbeiterin am nächsten. Die Gelegenheit, für unseren Verband zu werben, ist jetzt günstiger als je; nützen wir sie nach Kräften aus.

Aber auch der noch beim Heer befindlichen Kollegen müssen wir gebeten. Bald werden sie wieder in Massen ins Erwerbsleben zurückströmen. Viele werden nicht wiederkommen, der Krieg hat sie vorzeitig dahingerafft. Von den Gewerkschaftsmitgliedern, die ins Feld gezogen sind, hat ein großer Teil die Verbindung mit der Organisation dabei dauernd aufrechterhalten; sie werden selbstverständlich nach ihrer Heimkehr sofort wieder ihre alte Stelle im Verband ausfüllen. Mancher Kollege ist aber in der langen Kriegszeit der Organisation entfremdet, viele werden wiederkehren, die früher dem Verband nicht angehört haben. Sie alle müssen jetzt in die Reihen ihrer kämpfenden Brüder eintreten, um mit ihnen für die gemeinsamen Interessen der Arbeiterschaft zu wirken. Die im Heer zugebrachte Zeit war eine gute Schule für die Organisation. Dort hat jeder gelernt, daß ein Erfolg nur zu erringen ist durch ein planmäßiges Zusammenwirken der Massen. Der einzelne ist nur ein kleines Rädchen in dem großen Organismus, aber auf jeden einzelnen kommt es an, und das Ganze versagt, wenn nicht jeder einzelne seine Pflicht tut. Ähnlich ist es in der Gewerkschaft, nur daß sich hier das Zusammenwirken auf die freiwillige Unterordnung des einzelnen unter den Willen der Gesamtheit gründet.

Die Zeit ist ernst. Das Volk als Ganzes und jeder einzelne hat Schweres erlitten, und der Blick in die Zukunft ist recht trübe. Die politische Umwälzung, die sich jetzt unter lebhafter Anteilnahme der Arbeiterschaft vollzieht, zaubert uns verheißungsvolle Bilder vor das Auge. Feste Gestalt werden sie aber nur annehmen, wenn die Arbeiterschaft einig und geschlossen ihren Weg verfolgt. Einig und geschlossen müssen wir aber auch auftreten, wenn wir unsere wirtschaftliche Lage verbessern, wenn wir einen gerechten Anteil an dem Ertrage unserer Arbeit erlangen wollen. hinein in die Organisation, hinein in die Gewerkschaften, das muß in diesen schicksalsschweren Tagen die Losung der Arbeiter sein.

Die Lederwarenindustrie und die Friedensausichten.

Der Verband Deutscher Lederwaren-Industrieller, Offenbach a. M., ersucht uns, folgendes zu veröffentlichen:

Der plötzlich und unerwartet eingetretene Umwälzung der politischen Lage hat zur Folge gehabt, daß in Abnehmerkreisen eine große Unruhe Platz greift und man hauptsächlich in einer Luxusbranche, wie die Lederwarenindustrie, glaubt, auf Annullie-

rung erteilter Aufträge dringen zu sollen. Unter vollkommener Ausschaltung des rechtlichen Standpunktes, der natürlich die einseitige Lösung eines Geschäftsabchlusses nicht zuläßt, kann bei ruhiger Ueberlegung der Käufer nur zu der Ueberzeugung gelangen, daß weder ein Grund zur Annullierung seiner Aufträge vorhanden ist, noch daß er einen Vorteil dadurch erlangen kann.

Wenn man glaubt, daß die Preise für Lederwaren bei Friedensschluß schnell sinken werden, so ist das eine falsche Erwartung, wofür auch nicht die geringsten Anhaltspunkte vorliegen. Die Bestände an Leder sind dauernd so knapp, daß solche lange nicht für Befriedigung des großen Schuhbedarfes ausreichen werden. Futtermittel werden auch weiterhin für die Branche nicht zur Verfügung stehen, da solche für Bekleidungs Zwecke viel dringender gebraucht werden; an einen Abbau der Arbeitslöhne ist vorläufig ebensowenig zu denken. Die Metallwarenfabrikanten haben ab 1. November eine neue Erhöhung um 50 Proz. rückwirkend auf alle längst erteilten Aufträge eintreten lassen, was wiederum eine starke Verteuerung der fertigen Ware bedeutet.

Es werden aus all diesen Gründen echt leberne Waren weiterhin sehr knapp und teuer bleiben und man wird auch ferner noch für mittlere und niedere Preislagen auf Imitationsartikel angewiesen bleiben.

Wenn die Fabrikanten sich auf den rechtlichen Standpunkt stellen und sich den Annullierungen von Aufträgen gegenüber ablehnend verhalten, so liegt das nicht zum mindesten auch im Interesse der Käufer selbst. Es liegt klar auf der Hand, daß im anderen Falle sich die Käger der Fabrikanten derartig anfüllen würden, daß es unter Umständen zu Räumungsverkäufen kommen könnte, wodurch die eigenen Vorräte der Großisten und Detailliere stark entwertet würden.

Noch ein ernster Gesichtspunkt ist zu beachten, der für die Allgemeinheit von größter Wichtigkeit ist. Es ist dies die bevorstehende Demobilisierung, die es notwendig macht, den zurückkehrenden Arbeitern ungenügend Arbeits Gelegenheit zu schaffen. Schon aus diesem Grunde muß es jedermanns Pflicht sein, bestellte Waren zu beziehen und für weiteren Absatz dadurch zu sorgen, daß zu der bevorstehenden Weihnachtzeit auf das kaufkräftige Publikum eingewirkt wird, seinen Bedarf nicht zurückzubalten. Die Käufer wären darüber aufzuklären, daß ein plötzliches Sinken der Preise keineswegs zu erwarten sei.

Eine Stodung des Absatzes zu vermeiden ist eine Lebensfrage für die gesamte Arbeiterschaft.

Der „Bund Deutscher Lederwarenfabrikanten“ sendet uns folgenden Artikel zur Aufnahme, dem wir gern nachkommen:

Gegen die Annullierung.

Bei Ausbruch des Krieges hielten es die Abnehmerkreise der Fabrikanten in ihrem Interesse liegend, vielfach Annullierungen von Aufträgen vorzunehmen. In erhöhtem Maße scheint das in der Lederwarenindustrie gegenwärtig Platz greifen zu wollen, und von manchen Seiten wird der Versuch gemacht, in Verbindung damit Preisherabsetzungen zu erreichen. Hiervor muß im öffentlichen Interesse auf das Allerdringlichste gewarnt werden. Ganz abgesehen davon, daß in bestimmten Fällen Annullierungen gerechtfertigt sein können, besteht ein allgemeiner Anlaß dazu unter keinen Umständen, insbesondere aber nicht zu Preisherabsetzungen. Die Materialien, welche der Fabrikant in Händen hat, sind teuer und werden in der Regel sobald nicht billiger werden, da der Mangel an Rohstoffen, Halbfabrikaten und Waren wohl fast auf allen Gebieten ausnahmslos vorhanden ist, und auf lange hinaus bestehen bleiben wird. Die Aufwendungen für Löhne werden eher steigen als fallen, und der Fabrikant muß daran denken, daß er die Verpflichtung hat, seinen Arbeiterstamm vom 1. August 1914 wieder anzunehmen, soweit er sich zur Aufnahme im alten Betrieb meldet. Dies muß geschehen, auch wenn hohle Beschäftigung zurzeit nicht möglich ist. Es darf unter keinen Umständen dahin kommen, daß Arbeitslosigkeit in größerem Umfang um sich greift, das könnte die schlimmsten Folgen zeitigen. Die Regierung ist auf das eifrigste bemüht, den einzelnen Fabrikanten Leder und anderes Rohmaterial zur Verfügung zu stellen. Wohin soll der Fabrikant kommen, wenn er infolge der Annullierungen seine Fabrikate nicht ausliefern kann. Wenn der ganze Wirtschaftsbetrieb wieder nach Kräften in Gang gesetzt werden soll und muß, so werden alle Bemühungen letzten Endes versagen, wenn die Waren nicht abgenommen werden. Wenn alle Arbeiter verdienen, wenn alle Betriebe laufen, dann wird auch der Detaillier insbesondere zu Weihnachten verkaufen können. Nur so ist das Ganze in Gang zu halten. Die Großisten und Detailliere dürfen also in der gegenwärtigen Zeit nicht so kurzfristig sein die Abnahme der Waren beim Fabrikanten abzulehnen, denn sie schneiden sich letzten Endes damit selber ins Fleisch

und was noch schlimmer ist, sie werden durch Hemmung des Wirtschaftsbetriebs die Schwere der Krise gefährlich vergrößern. Unsere Zeit verlangt einen tatkräftigen Optimismus, sollen wir trotz alledem weiter kommen. Dann wird auch die breite Masse kaufteudig bleiben.

Vereinbarung betreffend 8stündigen Arbeitstag usw.

In der am Freitag, den 15. November, abgehaltenen Vorstandskonferenz (deren Bericht wir wegen Raummangels erst in nächster Nummer bringen werden) stimmten die anwesenden Vertreter folgenden Vereinbarungen zwischen den Vertretern der Großindustrie und den Gewerkschaften zu. Nachträglich hat auch die Regierung diese Vereinbarung unterzeichnet und ist somit Gesetz.

Die Vereinbarungen lauten:

1. Die Gewerkschaften werden als berechnete Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt.
2. Eine Einschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen ist unzulässig.
3. Die Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände werden die Werkvereine (die sog. wirtschaftsfriedlichen Vereine) fortab vollkommen sich selbst überlassen und sie weder mittelbar noch unmittelbar unterstützen.
4. Sämtliche aus dem Heeresdienst zurückkehrenden Arbeitnehmer haben Anspruch darauf, in die Arbeitsstelle sofort nach Meldung wieder einzutreten, die sie vor dem Kriege innehatten. Die beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände werden dahin wirken, daß durch Beschaffung von Rohstoffen und Arbeitsaufträgen diese Verpfändung in vollem Umfange durchgeführt werden kann.
5. Gemeinsame Regelung und paritätische Verwaltung des Arbeitsnachweises.
6. Die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind entsprechend den Verhältnissen des betreffenden Gewerbes durch Kollektivvereinbarungen mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer festzusetzen. Die Verhandlungen hierüber sind ohne Verzug aufzunehmen und schleunigst zum Abschluß zu bringen.

7. Für jeden Betrieb mit einer Arbeiterschaft von mindestens 50 Beschäftigten ist ein Arbeiterausschuß einzusetzen, der diese zu vertreten und in Gemeinschaft mit dem Betriebsunternehmer darüber zu wachen hat, daß die Verhältnisse des Betriebes nach Maßgabe der Kollektivvereinbarung geregelt werden.

8. In den Kollektivvereinbarungen sind Schlichtungsausschüsse resp. Einigungsämter vorzusehen, bestehend aus der gleichen Anzahl von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern.

9. Das Höchstmaß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit wird für alle Betriebe auf acht Stunden festgelegt. Verdienstminderungen aus Anlaß dieser Verkürzung der Arbeitszeit dürfen nicht stattfinden.

10. Zur Durchführung dieser Vereinbarungen sowie zur Regelung der zur Demobilisierung, zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und zur Sicherung der Existenzmöglichkeit der Arbeiterschaft, insbesondere der Kriegesbeschädigten zu treffenden weiteren Maßnahmen wird von den beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen ein Zentralausschuß auf paritätischer Grundlage mit beruflich gegliedertem Unterbau errichtet.

11. Dem Zentralausschuß obliegt ferner die Entscheidung grundsätzlicher Fragen, soweit sich solche namentlich bei der kollektiven Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ergeben, sowie die Schlichtung von Streitigkeiten, die mehrere Berufsgruppen zugleich betreffen. Seine Entscheidungen haben für Arbeitgeber und Arbeitnehmer verbindliche Geltung, wenn sie nicht innerhalb einer Woche von einem der in Frage kommenden beiderseitigen Berufsverbände angefochten werden.

12. Diese Vereinbarungen treten am Tage der Unterzeichnung in Kraft und gelten, vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, bis auf weiteres mit einer gegenseitigen dreimonatigen Kündigungsfrist.

Nochmals die Geldhamster.

Infolge der Knappheit von Geldmarktmitteln hat der Bundesrat beschlossen, daß die am 2. Januar 1919 fällig werdenden Zinsscheine der fünfprozentigen Reichsrentenanleihen als „gesetzliche Zahlungsmittel“ gelten sollen. Die Ungelegenheit dieses Zahlungsmittels hat wohl mit Veranlassung gegeben, daß bei Auszahlung von Löhnen die Arbeiter einzeln die Zinsscheine zurückgewiesen haben. Es sei deshalb ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die als Zahlungsmittel erklärten Zinsscheine gleichwertig

und gleichberechtigt sind mit allen anderen anerkannten Zahlungsmitteln, besonders mit dem Papiergeld. Sie müssen zu dem auf den Scheinen aufgedruckten Betrage nicht nur von allen öffentlichen Kassen, sondern auch im privaten Verkehr als Zahlungsmittel angenommen werden. Sie sind besonders kenntlich durch einen grünen Unterdruck und durch ein deutliches lateinisches „a“ in der rechten oberen Ecke, sowie durch den Vermerk: „Halbjährige Zinsen zahlbar am 2. Januar 1919 mit 2 Mark 50 Pf.“ oder 5 Mark, 12 Mark 50 Pf., 25 Mark, 50 Mark, 125 Mark, 250 Mark, 500 Mark. Die oberste Reihe des Aufdruckes lautet bei allen diesen Zinscheinen: (5proz. Anleihe des Deutschen Reiches von 1915“ oder 1916, 1917, 1918 „(uk. 24)“. Ebenfalls tritt keine Entwertung der Zinscheine ein. Entsprechend dem die Fälligkeit bezeichnenden Aufdruck werden sie vom 2. Januar 1919 ab gegen andere gesetzliche Zahlungsmittel eingelöst. Bis dahin sind sie, wie bemerkt, selbst gesetzliche Zahlungsmittel. Die Arbeiter erfahren also nach keiner Richtung hin eine Schädigung, wenn sie diese Zinscheine in Zahlung nehmen.

Hus unserem Beruf.

Um den infolge der Demobilisierung aus dem Seeresdienste entlassenen Schuhmachern die Möglichkeit zu geben, ihren Beruf möglichst rasch wieder aufzunehmen, hat die Kontrollstelle für freigegebenes Leder die Einrichtung von über 400 Sperrlagern in allen Teilen des Reiches veranlaßt.

Der zurückkehrende selbständige Schuhmacher, der seinen Betrieb wieder aufnehmen will oder der bereits im Besitze einer Bodenlederkarte befindliche Schuhmacher, der zurückkehrende Schuhmachergehilfen neu einstellt, hat sich zwecks Erlangung von Boden- und Schuhoberleder an die Lederkleinhandlung oder Rohstoffgenossenschaft zu wenden, von der er in Zukunft Leder beziehen will. Diese Lederkleinhandlung bzw. Rohstoffgenossenschaft fordert bei dem für ihren Bezirk zuständigen Sperrlager die für jede beschäftigte Arbeitskraft anfallende Menge Leder sofort an.

Für die infolge der Demobilisierung aus dem Seeresdienste entlassenen Sattler sind zwecks Versorgung mit Blank- und Geschirrlleder gleiche Einrichtungen getroffen.

Der zurückkehrende selbständige Sattler, der seinen Betrieb wieder aufnehmen will oder der Sattler, der zurückkehrende Sattlergehilfen neu einstellt, hat sich an die nächstgelegene Sattlerlederhandlung bzw. Rohstoffgenossenschaft zu wenden. Diese fordert das Leder bei dem zuständigen Sperrlager an.

Die zuständigen Sperrlager werden den Lederhändlern und Rohstoffgenossenschaften in Kürze bekanntgegeben werden.

Die Sperrlager werden mit den notwendigen Ledermengen sofort versehen werden, soweit nicht infolge der derzeitigen Transportverhältnisse sich Schwierigkeiten ergeben.

Korrespondenzen.

Mm. (E. 13. 11.) Am Freitag, den 1. November, fand unsere Mitgliederversammlung im „Hohentwiel“ statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende dem verstorbenen Kollegen Seberin Menhard einen kurzen Nachruf. Die Versammlung ehrte sein Andenken durch Erhebung von den Siben. Unter Beschäftlichem wurde mitgeteilt, auch in diesem Jahre eine Weihnachtssammlung zu veranstalten. In der Diskussion wurde bittere Klage geführt, daß aus der Zentralkasse keine Mittel bewilligt werden, um die Not der Kriegerfrauen etwas zu lindern; es wurde beschlossen, dem Zentralvorstand nahezu legen, daß auch er nach Möglichkeit zur Unterstützung beitragen möge. Des weiteren gab der Vorsitzende bekannt, daß für den Monat November eine statistische Aufnahme der Löhne durchgeführt werden soll und forderte die Kollegen auf, sich vollständig daran zu beteiligen. Die Abrechnung vom 3. Quartal gab Kollege Frider. Kollege Schaale als Revisor best. bestätigt, daß Abrechnung und Kasse geprüft und alles in Ordnung befunden wurde. Sodann gab der Vorsitzende einen Bericht über den Verlauf der Tarifverhandlungen. In der Diskussion wurde das rückwärtslose Verhalten der Unternehmer stark kritisiert in Anbetracht, daß wohl ausnahmslos alle Unternehmer unseres Gewerbes während des Krieges gut verdient haben und daß es dem Arbeiter in dieser bitteren und ersten Zeit nicht möglich sei, sich auch nur das Nötigste zu beschaffen, was ihm gebührt. Nach Erledigung noch einiger inneren Angelegenheiten erfolgte Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Bücherschau.

Der Vorwärts-Kalender 1919 ist erschienen und nimmt bereits seinen Weg in die Wohnungen der

sozialdemokratischen Arbeiterschaft in Stadt und Land. Der Inhalt dieses sozialdemokratischen Arbeiterkalenders weist die gewohnte Vielseitigkeit auf. Ernst Freygang schöpft abermals aus der reichen Fundgrube der Arbeiterbewegung, und was seine glückliche Hand an bedeutungsvollen Ansprüchen, statistischen Angaben über die Arbeiterorganisationen, wirtschaftlichen und politischen Daten, an Gedichten, Sprüchen und dergleichen der Vergessenheit entreißt, ist wohl wert, von jedem Arbeiter gelesen und beachtet zu werden. Muße auch das gewohnte symbolische Bild der Rückwand der Not der Zeit zum Opfer fallen, so ist doch die äußere Ausstattung eine solche, daß der Kalender jeder Arbeiterwohnung zur Zierde gereicht. Die Größe des Abreißblocks sowohl wie auch der Tagesziffern ist unverändert, die Gestaltung der Blätter einwandfrei. Zu beziehen ist der Kalender für 2,50 M. durch jede Parteibuchhandlung oder direkt von der Vorwärts-Buchdruckerei, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Interessenten wollen den Kalender recht bald bestellen, da die Auflage auch in diesem Jahre vorzeitig vergriffen sein dürfte.

Sterbetafel.

Als Opfer des Weltkrieges fielen unsere Mitglieder:

- Karl P u l s, Bielefeld, 40 Jahre alt.
- Karl S c h i c h, Heilbronn, 40 Jahre alt.

St. Auheim. Am 21. Oktober verstarb unser Mitglied G e o r g S c h e u r i c h, 27 Jahre alt. Dresden. Im Lazarett starben unsere Mitglieder M a g E i c h l e r, 27 Jahre alt, und O t t o P e i c h, 29 Jahre alt.

An der Grippe starben unsere Mitglieder A r n o R o a c h, 49 Jahre alt, H u g o H e g e w a l d, 85 Jahre alt, R e i n h o l d B o r n i g, 51 Jahre alt.

Köln. Am 4. November starb nach langem Leiden an Lungenentzündung unser Mitglied P a u l P l e i g e r, 37 Jahre alt.

Offenbach a. M. Am 6. November verstarb unser langjähriges Mitglied J a k o b S c h e r e r im Alter von 86 Jahren.

Stuttgart. Folgende Mitglieder sind an der Grippe gestorben: U l r i c h F r o m m e r, 24 Jahre alt, M i c h a e l H a r r y, 28 Jahre alt, H e r m a n n S c h w e i t a r d t, 18 J. alt. Ehre ihrem Andenken!

Gewebe — Gurte — Leder

Ersatz u. Misch. beste Qualität; für alle Zwecke. — Muster zu Diensten; Quantum angeben. — Julius Fischer, Bln.-Friedenau, Hertelstr. 1.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Um die Rechte der vom Seeresdienste entlassenen Mitglieder unseres Verbandes zu sichern, haben die Heimgekehrten sich sofort der zuständigen Ortsverwaltung unter Vorlegung ihrer Militärpapiere zu melden. Der die Anmeldung entgegennehmende Bevollmächtigte hat die genauen Daten über den Tag des Dienst Eintritts und der Entlassung, sowie die Wochenanzahl der Dienstdauer zu vermerken. Diese Angaben sind der Hauptverwaltung einzufenden, damit hier die wichtigen Eintragungen im Mitgliedsbuch bzw. der Mitgliedskarte vorgenommen werden können. Nur solche Mitgliedsbücher bzw. -karten werden zurückerhoben, für die seitens der anfordernden Ortsverwaltung die gewünschten genauen Angaben gemacht werden.

Der Kassierer. J. H.: A. Niefel.

„Eulin“-Leder-Hochglanz

Ist wieder lieferbar, macht das Leder geschmeidig und gibt hohen Glanz. Alleinigiger Fabrikant

J. J. Glorius, Lederfabrik, Magdeburg-Budau
Telephon 190 und 1219. Gegründet 1829.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität

Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.

Gegründet 1880. Preislisten S. P. gratis und franko.

Jeder Sattler,

der durch Herausgehen der Ahleisen bei schwerer Arbeit Mergel und Zeitverlust hat, lasse sich von mir eine Probeahle kommen, welche alle Fehler beseitigt und mit welcher es eine Freude ist, zu arbeiten.

Zu beziehen durch
Karl Schiller, Stuttgart, Luisenplatz 6.

Zu verkaufen

ist das gesamte Fabrikinventar eines Lederausstattungsbetriebes mit Kontorutensilien und verschiedenem Material. Darunter:

- 1 Momentstange
- 1 Fortuna-Schärfmaschine, auch für Portefeullerzwecke geeignet
- 1 großer Balanzier
- 4 Pappscheren
- 1 Stoffzuschneidemaschine
- 1 Umbiegemaschine
- 1 Spaltmaschine
- 15 große Sattlernähmaschinen
- 5 kleine Steppmaschinen
- 1 eiserner Geldschrank

Besichtigung wochentäglich in der Zeit von 10 bis 1 Uhr mittags. Berlin, Ritterstraße 23, Fabrikgebäude 3 Treppen.

Wichtig für Sattlermeister!

Billig abzugeben:

ca. 1400 Hanfgurtsielengeschirre

mit Lederbesatz. Teilweise mit Hanfgurtsträngen, teilweise mit Kettensträngen, durchweg mit Hanfleinen aus guter haltbarer Ware.

Bemusterte Angebote stehen auf Wunsch zu Diensten.

C. Pose, Fabrik für Militär-Ausrüstungen, Berlin O. 34, Boxhagener Strasse 16 a, Telephon: Königstadt 1519/22.